

Mitbestimmung - Fallstudien

Unterrichtliche Relevanz

Mitbestimmung bedeutet, dass alle Mitglieder und Gruppen in einer Organisation an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Im Betrieb sind somit auch Arbeitnehmer/-innen in diese Prozesse mit einzubinden. Aufgabe des Betriebsrates ist es, die Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten. Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) regelt die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.

Im § 2 Abs. 1 BetrVG sind vier Grundsätze für die Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Betriebsrat aufgeführt:

- Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit unter Beachtung der geltenden Tarifverträge
- Zusammenarbeit im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen
- Wohl der Arbeitnehmer/-innen und des Betriebs als Ziel der Zusammenarbeit

Von besonderer Bedeutung ist der Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Dieser Grundsatz verpflichtet beide Parteien zu einem ständigen Dialog. Konflikte sollen – trotz zuweilen unterschiedlicher Interessen - möglichst innerhalb des Betriebes gelöst werden. Arbeitgeber und Betriebsrat sollen fair und respektvoll zum Wohle der Arbeitnehmer/-innen und des Betriebs handeln. Kommt keine einvernehmliche Entscheidung zustande, entscheiden je nach Mitbestimmungsrecht die Einigungsstelle oder die Arbeitsgerichte.

Die betriebliche Mitbestimmung bewegt sich dabei im Spannungsfeld zwischen dem Demokratieprinzip und dem Recht auf Eigentum. Hieraus ergeben sich nach dem Betriebsverfassungsgesetz unterschiedliche Rechte der Mitbestimmung:

- Mitbestimmung, insbesondere in sozialen Angelegenheiten,
- Mitwirkung, insbesondere in personellen Angelegenheiten sowie
- Beratungs- und Informationsrechte bei wirtschaftlichen Angelegenheiten

Indem die Schülerinnen und Schüler in Fallstudien Konflikte zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber zu lösen versuchen, erfahren sie den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit und lernen die Mitbestimmungsrechte (§ 87 BetrVG) kennen.